

## Schwerpunkt

## Geschichte

## Bücher

### ■ Krank und ohne Obdach



Die Not in den Großstädten ist groß. In ganz Deutschland sind nach Schätzungen bald mehr als eine Million Menschen wohnungslos, darunter rund ein Drittel Frauen und überdurchschnittlich viele psychisch Kranke. Über die Ursachen der Wohnungslosigkeit sowie über Folgen, Trends und Hilfsmöglichkeiten sprach der EPPENDORFER mit Fachleuten, die täglich mit dem Thema konfrontiert sind. **Seiten 3 bis 5**

### ■ Unerträgliche Gewalt



Schläge, Fixierungen, Übergriffe – auch nach 1945 waren die Pfleger der Alsterdorfer Anstalten unerträglicher Gewalt ausgesetzt. Der Dokumentarfilm „Alsterdorfer Passion – Mitten in Hamburg – Die Alsterdorfer Anstalten 1945 - 1979“ erzählt die Geschichte von Leid und Aufbruch. Derweil haben bundesweit bislang nur wenige Opfer des Nachkriegs-Heimsystems Anträge auf Entschädigungszahlungen gestellt. **Seite 12**

### ■ Die Bilanz des Irvin Yalom



„Wie man wird, was man ist“, hat der Vielschreiber Irvin Yalom sein aktuelles Buch betitelt (Foto: ©Dr. Gabriele Seethaler). Der 86-Jährige – einer der renommiertesten und bekanntesten amerikanischen Psychiater und Psychotherapeuten – blickt mit seiner Autobiographie weit zurück und zieht eine ebenso eindrucksvolle wie positive Bilanz. Wobei: Der Autor ist bis heute immer noch als Therapeut tätig... **Seite 21**

# Die Angst geht um

## ■ Bayerisches PsychKG nach massiven Protesten entschärft – doch die Gefahr der Stigmatisierung bleibt

Nach scharfer und geballter bundesweiter Kritik von Fachleuten, Betroffenen und der Öffentlichkeit hat die bayerische Staatsregierung auf die Einführung einer Zentraldatei zur auf fünf Jahre angelegten Erfassung sämtlicher in der Psychiatrie auf richterliche Anordnung untergebrachter Patienten verzichtet. Auch Verweise auf Regeln des Maßregelvollzugs – der kranke Menschen, die nie straffällig geworden waren, quasi auf eine Stufe mit verurteilten Kriminellen stellte – wurden aus dem Gesetz gestrichen. Das ist die gute Nachricht. Dass nach schwer nachvollziehbaren Taten wie der Amokfahrt in Münster oder dem Todesflug der Germanwings-Maschine immer wieder fast automatisch an Datenschutz oder Schweigepflicht gerüttelt wird, die schlechte. Und: „Vom Narrativ des potenziell gefährlichen Irren rückt Bayern auch durch ein paar geänderte Formulierungen des Gesetzestextes nicht ab“, warnte der Medizinhistoriker Florian Bruns in einem Gastbeitrag für die Zeit. Solche Assoziationen würden sich einreihen „in die lange dunkle Tradition, in der psychisch Kranke stigmatisiert, ausgegrenzt, vernachlässigt und verfolgt wurden“.

MÜNCHEN (hin). Die Polizei in Bayern soll auch künftig informiert werden, wenn als gefährlich geltende und zwangsuntergebrachte Patienten aus der psychiatrischen Unterbringung entlassen werden, wie Innenminister Joachim Herrmann (CSU) laut einem dpa-Bericht sagte. Doch wenn Psychiatriepatienten entlassen werden, die sich selbst eingewiesen haben, soll dies unterbleiben, ebenso bei Informationen über depressive Patienten, die sich das Leben nehmen könnten.

Kritiker des ursprünglichen Entwurfs hatten auf die Gefahren von Kriminalisierung und Stigmatisierung verwiesen:

Diese dürfte Gefahren eher vergrößern, da die Behandlungsbereitschaft angesichts der Aussicht, automatisch registriert zu werden, sinken dürfte.

Stigmatisierung warfen die Kritiker in der Vergangenheit auch den so genannten „Personengebundenen Hinweisen“ (PHW) in Datenbanken wie dem Informationssystem der Polizeien (INPOL) vor, in denen zu einzelnen Personen Vermerke wie „Frei“ für „Freitodfahr“ oder „geisteskrank“ gespeichert wurden.

Der Staat rüstet technisch auf. Intelligente Videoüberwachungssysteme der Zukunft z.B. suchen – etwa auf U-Bahn-

höfen – nach Abweichungen vom „Normalen“. Rücken dann auffälligere Randgruppen automatisch eher in Verdacht? fragen sich Ethiker.

Auch Asmus Finzen drehte den Spieß um und forderte aus Transparenzgründen im Spiegel (Nr. 17/21.4.) „eine Zentralstelle zur Erfassung von Polizeigewalt gegen psychisch Kranke“. Pro Jahr würden in Deutschland fünf bis sechs psychisch Kranke von der Polizei getötet. In der Regel deshalb, weil die Polizei nicht genug geübt sei im Umgang mit Menschen in psychischen Krisen. Tötungsdelikte durch psychisch Kranke gebe es im Jahr um die 30, so Finzen. Gewalttaten von psychisch Kranken gegen Fremde seien dabei extrem selten. „Am stärksten gefährdet sind Angehörige, die helfen wollen, aber die Distanz nicht hinkriegen.“ Da helfe keine Datensammelei.

Hilfreich ist da eher ein Krisendienst. Ein solcher soll jetzt auf ganz Bayern ausgeweitet werden und rund um die Uhr besetzt sein. Dieser Teil des Bay-PsychKG geriet angesichts der Sicherheitsdebatte in den Hintergrund.

Einen Krisendienst fordern Angehörige und Betroffene in Hamburg seit langem vergeblich. Sollte dieser bayerische Vorstoß, einen flächendeckenden Krisendienst einzurichten, ein Vorbild für Hamburg und andere Bundesländer sein?



Kein Kinderspiel: der Alltag auf einer forensischen Station für abhängige Männer in Duisburg. Foto: mindjazz-pictures

## Blicke in eine verschlossene Welt

### ■ Zwei neue Psychiatrie-Dokus

Gleich zwei neue Dokumentarfilme – „12 Tage“ und „Therapie für Gangster“ vermitteln Innensichten des psychiatrischen Systems bzw. des Maßregelvollzugs. Regisseur Sobo Swobodnik ging gleich selbst hinter Gitter, um das Leben in einer Forensischen Psychiatrie unter menschlichen Aspekten zu untersuchen: Er ließ sich für vier Wochen rund um die Uhr im Niederrheinischen Therapiezentrum in Duisburg einschließen, um gemeinsam mit neun Patienten einer Station an deren Alltag teilzuhaben. Dieser sei bestimmt von dem Kampf gegen den Suchtdruck,

die eigene Schuld, die Einsamkeit und die Stigmatisierung sowie den Beziehungsstrukturen in der Gruppe und dem therapeutischen Alltag“, so die Ankündigung. Der Film hatte am 3. Mai in Köln Premiere und soll hauptsächlich in Form von Sondervorstellungen gezeigt werden, auch in Norddeutschland. Termine werden im Internet veröffentlicht (s. <http://mindjazz-pictures.de/kinotermine/>).

Die französische Doku „12 Tage“, die im Juni ins Kino kommen soll, dokumentiert Anhörungen von Zwangsuntergebrachten in Lyon. Mehr dazu: **Seite 10**

## Wartezeiten kaum verringert

### ■ Zu wenig Psychotherapie: Planungsreform angemahnt

BERLIN (rd). Die vor gut einem Jahr wirksam gewordene Psychotherapie-reform hat die Wartezeiten auf eine Psychotherapie nur leicht verringert. Vergingen 2011 noch im Schnitt 23,4 Wochen von der ersten Anfrage beim Therapeuten bis zum Beginn der Behandlung, sind es laut einer Studie der Bundespsychotherapeutenkammer zurzeit im Durchschnitt 20 Wochen. Wobei die regionalen Unterschiede groß sind. So lag die Wartezeit in Berlin im Schnitt bei 13,4, im Ruhrgebiet bei 29,4 Wochen. Grundsätzlich sind sie außerhalb von Großstädten besonders lang. Daher wird jetzt erneut eine rasche Reform der überfälligen Bedarfsplanung

des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) angemahnt.

Diese hätte bereits Anfang 2017 vorliegen sollen, verzögert sich aber. Die aktuelle Bedarfsplanung geht noch davon aus, dass in ländlichen Regionen weniger Therapeuten gebraucht werden als in Städten. „Ich erwarte, dass der G-BA hier jetzt zügig vorankommt“, erklärte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Der Ausschuss ist das oberste Beschluss-gremium der Selbstverwaltung von Ärzten, Psychotherapeuten, Kliniken und Krankenkassen. Auf NDR-Anfrage erklärte der G-BA, aktuell werde ein Gutachten erstellt. Die neue Bedarfsplanung

solle 2019 in Kraft treten.

Um lange Wartezeiten zu vermeiden, beantragen viele Patienten bei ihren Krankenkassen die Erstattung einer Behandlung durch Privattherapeuten. Doch offenbar sind die gesetzlichen Kassen dabei neuerdings restriktiver, berichtete der NDR weiter. Nach einer Umfrage mehrerer Landespsychotherapeutenkammern werde etwa jeder zweite dieser Anträge auf Kostenerstattung abgelehnt, 2016 sei es nur jeder Fünfte gewesen.

Um eine ausreichende Versorgung der Patienten zu gewährleisten, fehlen nach Meinung der BPTK bundesweit 7000 Kassensitze für Psychotherapeuten.

## AUS DEM INHALT

JUGENDHILFE  
„Wenn Du nicht brav bist, kommst Du ins Heim“ Seite 6  
TEILHABE  
Neue Anlaufstellen bieten Beratung auf Augenhöhe Seite 8  
THERAPIE  
Neue Serie: „Was ist eigentlich ...?“ Teil 1: Eutonie Seite 9  
TV  
Tatort Wehnen und der lange Arm der Täter Seite 10  
MENSCHEN  
Der preußische Italiener: Abschied von Günter Ernst-Basten Seite 11

KULTUR  
Kulturambulanz präsentiert Outsider und Insider Seite 13  
NIEDERSACHSEN  
Sozialpsychiatrische Dienste auf Kurssuche Seite 14  
BREMEN  
Start frei für das Empowerment College Seite 15  
HAMBURG  
Mangel an Heimplätzen immer dramatischer Seite 17  
BÜCHER  
Historischer Roman würdigt Reformpsychiater Seite 21

## Absetzen: „Mehr Geld nötig“

KÖLN (rd). Die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP) fordert, dass gesetzlich Versicherte mit psychischen Leiden eine verlässliche und fachgerechte Begleitung beim Reduzieren und ggf. Absetzen von Psychopharmaka in ihren Heimatregionen finden. Deshalb müssten den behandelnden Fachärzten solche Leistungen angemessen vergütet werden. Das Anliegen unterstützen 1.383 Personen mit ihrer Unterschrift.

Mittlerweile sei die möglichst niedrige Dosierung der neuroleptischen Medikamente im mittel- und längerfristigen Verlauf psychiatrischer Konsens, so die DGSP. Beim Reduzieren von Psychopharmaka müssten Patienten aber gut begleitet werden, so der Psychiater PD Jann E. Schlimme. Hierfür sei mehr Zeit notwendig als derzeit dem psychiatrischen Facharzt nach den budgetierten Vergütungen der GKV/KV für die einzelnen Patienten zur Verfügung stehe. Die Pauschale beträgt aktuell ca. 45 Euro/Fall im Quartal, wodurch laut Schlimme nur ca. ein bis zwei Termine im Quartal mit ca. fünf bis zehn Minuten Sprechzeit bei einer durchschnittlich gut organisierten psychiatrischen Facharztpraxis möglich sind. „Die Begleitung beim Reduzieren und Absetzen von Psychopharmaka erfordert aber eine höhere Terminfrequenz (alle 2-6 Wochen) und längere Termindauer (ca. 25-40 Minuten).“

## IMPRESSUM

Jahrgang 32 C 42725  
Verlagsanschrift:  
Vitanas GmbH & Co. KGaA  
Vitanas Sozialpsychiatrisches  
Centrum Koog-Haus  
Eppendorfer  
Koogstraße 32  
25541 Brunsbüttel  
Telefon: (04852) 96 50-0  
Telefax: (04852) 96 50-65  
E-Mail: koog-haus@vitanas.de

Herausgeber:  
Andreas Mezler  
Vitanas Gruppe  
Michael Dieckmann  
AMEOS Gruppe (V.i.S.d.P.)  
Internet: www.eppendorfer.de  
www.kooghaus.de  
www.vitanas.de  
www.ameos.eu

Redaktionsleitung, Layout und Satz:  
Anke Hinrichs (hin)  
Redaktionsbüro NORDWORT  
Große Brunnenstr. 137  
22763 Hamburg  
Tel.: 040 / 41358524  
Fax: 040 / 41358528  
E-Mail: mail@ankehinrichs.de  
www.ankehinrichs.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Sönke Dwenger, Ilse Eichenbrenner, Michael Freitag (fig), Esther Geißlinger (est), Michael Götsche (gö), Annemarie Heckmann (heck), Gesa Lampe (gl), Dr. Verena Liebers, Martina de Ridder, Dr. Heidrun Riehl-Halen (hrh), (rd) steht für Redaktion, Agentur: epd

Druck: Boyens MediaPrint, Heide  
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.  
Der Eppendorfer erscheint zweimonatlich und kostet jährlich 39,50 Euro. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Männer und Frauen sind gleichberechtigt – aber Texte müssen auch lesbar sein. Wegen der besseren Lesbarkeit hat sich die Redaktion entschieden, auf die zusätzliche Nutzung der weiblichen Form zu verzichten.

# Kein Täter werden!

## Präventionsnetzwerk Pädophilie zieht positive Bilanz

**Das Netzwerk „Kein Täter werden“ bietet pädophilen Menschen therapeutische Hilfe unter Schweigepflicht an. Seit Anfang 2018 wird diese als Gesundheitsleistung anerkannt. Die gesetzlichen Krankenkassen finanzieren sowohl diese Therapie als auch die im Berliner Präventionsprojekt „Du träumst von ihnen“, das sich speziell an Jugendliche richtet. Der wissenschaftliche Beirat des Präventionsnetzwerkes zog eine positive Bilanz der bisherigen Arbeit.**

BERLIN (rd). Prof. Klaus M. Beier, Sprecher des Netzwerks und Leiter des Instituts für Sexualwissenschaft und Sexualmedizin der Charité – Universitätsmedizin Berlin, stellte Ergebnisse einer aktuellen Berliner Nachuntersuchung vor und zeigte sich zufrieden: „Bei nahezu allen der 56 befragten Therapieteilnehmer konnte nachhaltig eine Verhaltenskontrolle erreicht und damit maßgeblich sexueller Kindesmissbrauch verhindert werden. Bestätigt wird damit die erste Evaluation des Projektes, die bereits gezeigt hatte, dass das Behandlungsprogramm geeignet ist, bekannte Risikofaktoren für sexuellen Kindesmissbrauch zu verringern, um bei den Betroffenen erfolgreich eine Verhaltenskontrolle aufzubauen.“

Sowohl Prof. Beier als auch Prof. Tilman Krüger, stellvertretender Sprecher des Präventionsnetzwerks und Sexualmediziner an der Medizinischen Hochschule Hannover, zeigten sich erfreut über das im Januar 2018 gestartete Modellvorhaben, mit dem der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) vom Gesetzgeber für die Dauer von fünf Jahren damit beauftragt wurde, die anonyme Behandlung pädophiler Menschen zu finanzieren. „Damit wird unser Behandlungsangebot offiziell als Gesundheitsleistung anerkannt.“ Vor allem für Betroffene sei dies ein wichtiges Signal. Denn die Untersuchungen zeigten, dass pädophile Menschen oftmals ernstzunehmende psychische Begleiterkrankungen haben: „Die Raten an Depressionen und Angsterkrankungen sind doppelt so hoch wie in der Allgemeinbevölkerung und auch eigene Erfahrungen von Missbrauch und Vernachlässigung finden sich häufiger. Sie leben nicht selten sozial zurückgezogen und werden stigmatisiert, sofern denn ihre Neigung bekannt wird.“

9.515 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet haben sich bis Ende März Hilfe suchend an das 2011 gegründete Präventionsnetzwerk „Kein Täter werden“ gewandt. Insgesamt haben seitdem 925 Teilnehmer eine Therapie begonnen und 360 erfolgreich abgeschlossen.

## Meldungen

### DGPPN: Hohe Erwartungen an den Gesundheitsminister

BERLIN (rd). Die DGPPN verbindet mit dem neuen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und der neuen Bundesregierung hohe Erwartungen an eine verbesserte psychiatrische Versorgung. Anlass hierfür, so die DGPPN, sei die Herausstellung psychischer Erkrankungen und deren explizite Berücksichtigung im Koalitionsvertrag. Psychische Erkrankungen und Demenzen würden erstmals als Volkskrankheit eingestuft. DGPPN-Präsident Prof. Arno Deister: „Wir freuen uns, dass das Thema seelische Gesundheit einen angemessenen Stellenwert bekommt.“ Es sei ein vielversprechendes, richtungsweisendes Signal, dass die Gesundheitspolitik sich künftig am Patientenwohl orientieren wolle.

### Unverletzlichkeit der Wohnung ein hohes Gut

KARLSRUHE (epd). Auch psychisch Kranke haben ein Recht auf Unverletzlichkeit ihrer Wohnung. Ein Gericht darf daher wegen einer beabsichtigten Unterbringung in einer psychiatrischen Einrichtung nicht anordnen, dass der Betroffene in seiner eigenen Wohnung von einem Gutachter untersucht wird, entschied das Bundesverfassungsgericht in einem veröffentlichten Beschluss (AZ: 2 BvR 253/18). Im konkreten Fall ging es um die Unterbringung einer psychisch kranken Frau. Das Amtsgericht Soltau bestellte dazu einen Gutachter, der die Frau in ihrer eigenen Wohnung befragen und untersuchen sollte. Weigerte sich die Frau, sollte die Wohnung notfalls gewaltsam betreten werden, ordnete das Gericht an. Die Verfahrenspflegerin hielt diese Anordnung für rechtswidrig und beantragte eine einstweilige Anordnung zur Aufhebung des Amtsgerichtsbeschlusses.

### Dramatischer Männermangel in der Psychologie

BERLIN (rd). Anlässlich des Boys' & Girls' Day am 26. April wies der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) auf die sinkenden Zahlen an männlichen Berufsträgern in der Psychologie hin und forderte ein gesellschaftliches Umdenken. Laut BDP-Präsident Prof. Dr. Michael Krämer zählte die Psychologie im WS 2016/17 mit über 75.000 Studierenden zu den zehn beliebtesten Studienfächern in Deutschland. Allerdings seien Männer deutlich unterrepräsentiert, circa 75 Prozent der Studierenden weiblich. Besonders dramatisch sei die Entwicklung in der Psychotherapie. Während immer mehr Männer Hilfe suchten, sinke gleichzeitig die Zahl der männlichen Psychotherapeuten immer weiter. Laut Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) sind heute bereits 71 Prozent der Mitglieder Frauen. Bei den Mitgliedern unter 35 sind es bereits 91 Prozent.

### Lebenshilfe begrüßt Initiative für Grundeinkommen

BERLIN (epd). Die Bundesvereinigung Lebenshilfe hat die Initiative von Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller (SPD) begrüßt, ein solides Grundeinkommen einzuführen. Darin sieht der Verband auch einen guten Ansatz für eine Vergütungsreform in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Mit diesem Geld könnten sie ihren Lebensunterhalt selbst decken: „Das entspricht der Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention, vereinfacht Abläufe und stellt einen echten Gewinn dar“, sagte die Vorsitzende der Behindertenorganisation und SPD-Bundestagsabgeordnete Ulla Schmidt. Sie höre oft die Klage von Betroffenen, dass das Werkstattentgelt ihre Arbeit nicht hinreichend würdige.

## Brief aus der Hauptstadt



Zentrum der Macht: der einst von Christo verpackte Reichstag.

## Allein gestellt

Berlin hat ja viele Alleinstellungsmerkmale. Vor allem verfügen wir über den am allerlängsten nicht fertig gewordenen Flughafen der Welt. In unserer psychosozialen Szene ist aber vor allem die „Villa Stöckle“ ein absolut herausragender Solitär, denn meines Wissens hat nur Berlin ein tatsächlich funktionierendes Weglaufhaus.

Die lange Vorlaufzeit von der Gründung des „Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt“ 1989 bis zur Eröffnung der „Villa Stöckle“ im Jahr 1996 kann es mit dem BER natürlich nicht aufnehmen. Doch die Wogen schlugen auch damals hoch. Sogar die keinesfalls antipsychiatrische Berliner Gesellschaft für soziale Psychiatrie hat in den ersten Anläufen die Verhandlungen mit der Senatsverwaltung unterstützt.

Als antipsychiatrisches Krisenprojekt „zur Überwindung sozialer Notlagen“ wird es seit 1996 über den entsprechenden Paragraphen (damals § 72 BSHG, jetzt § 67 SGB XII) über individuelle Tagessätze von den bezirklichen Sozialen Wohnhilfen finanziert – wenn es denn finanziert wird. Denn viele Bezirksämter tun sich schwer damit, eine Kostenübernahme auszustellen oder im Anschluss die Rechnung zu bezahlen. So hat das Berliner Weglaufhaus soeben mit einem Spendenaufruf die Fachöffentlichkeit alarmiert. Das Projekt ist in seiner Existenz bedroht. Ich finde: Selten war das Paradigma des Weglaufhauses so aktuell wie heute, in den Zeiten von Neuroleptikakritik, UN-BRK und dem Berliner PsychKG. <https://www.weglaufhaus.de>

Ein anderes Berliner Projekt der Selbsthilfe floriert hingegen. Das erste Mal habe ich die Räume der „Kellerkinder e.V.“ in Friedrichshain besucht. Die Kellerkinder sind Gastgeber einer kleinen Veranstaltungsreihe mit dem Titel: „Psychopharmaka? Kritischer Dialog.“ Die monatlichen Treffen werden organisiert vom Berliner Kooperationsnetzwerk Kritischer Umgang mit Psychopharmaka, Ansprechpartner sind Sabine Haller und Jann E. Schlimme. Die Abende stehen jeweils unter einem anderen Thema und sind gut besucht und organisiert. „Medikamente in der Klinik“ war das Thema am 9. April. Wieder einmal staunte ich über das

Niveau der Diskussion und die Fachkompetenz der Psychiatrieerfahrenen und Angehörigen mit und ohne EX-IN-Hintergrund. Im Verlauf der Diskussion entstand eine pikante Idee: Man müsse doch nur die Regelversorgung abschaffen (auf die Berlin so stolz ist) und die Hilfesuchenden würden dann nur den Kliniken Einnahmen verschaffen, die sich auf ihre Wünsche wirklich einlassen. Ich war baff. Wenn man also nicht in die bezirklich zuständige und damit aufnahmeverpflichtete Psychiatrie gehen müsste, sondern jene mit dem freundlichsten Service wählen könnte, dann werde sich das Angebot rasch verändern. „Die wollen doch auch alle nur Geld verdienen.“ Der Wirtschaftlichkeitsgedanke war mir zwar in dem neuen Spielfilm von Soderbergh bereits begegnet, doch in Berliner Gewässern bisher unbekannt.

„Selten war das Paradigma des Weglaufhauses so aktuell wie heute.“

Vielleicht könnte das ein Thema für die Berliner Besuchskommissionen sein? Das im Juni 2016 in Kraft getretene PsychKG schreibt diese vor. Die Bewerberinnen und Bewerber durften sich vor dem Landesbeirat für seelische Gesundheit vorstellen und noch einmal vor dem Gesundheitsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses, bevor sie dann vom Hauptausschuss offiziell gewählt wurden. Dabei sind auffallend viele Ruheständler – sie haben ein bisschen mehr Zeit als die Berufstätigen und müssen kein Geld mehr verdienen; unter ihnen sind Professoren, Chefarzte und ein ehemaliger Landesbeauftragter für Psychiatrie.

Ilse Eichenbrenner

### Betrifft: Abs.:

Die Autorin arbeitete als Sozialarbeiterin im Sozialpsychiatrischen Dienst Berlin-Charlottenburg und ist seit Jahrzehnten der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie und ihrem Berliner Landesverband eng verbunden. Sie hat mehrere Bücher verfasst und ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“.

